

Abg z Nationalrat
DI Dr Wolfgang PIRKLHUBER



Der Grüne Klub im Parlament
A-1017 Wien

Telefon (01) 401 10 - 6698
Telefax (01) 401 10 - 6793, 6883
Email: infopool@gruene.at
Web: <http://www.gruene.at>

XXIV.GP.-NR

Nr. 102 /Pet.

10. Juni 2011

Frau
Präsidentin des Nationalrates
Mag^a Barbara Prammer

Parlament
1017 Wien

Wien, 8. Juni 2011

Betreff: Petition der Marktgemeinde Strengberg betreffend "Atom Müllendlager
in Grenznähe zu Österreich"

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Gemäß § 100 Abs. 1 GOG-NR überreiche ich die Petition der Marktgemeinde
Strengberg betreffend "Atom Müllendlager in Grenznähe zu Österreich" mit dem
Ersuchen um geschäftsordnungsmäßige Behandlung.

Mit freundlichen Grüßen



Wolfgang Pirkhuber



Marktgemeinde Strengberg

3314 Strengberg Markt 10, Tel.: 07432/2214, Fax: 2214-8
e-mail: gemeinde@strengberg.gv.at homepage: www.strengberg.gv.at

25. Mai 2011

An das
Österreichische Parlament
Dr. Karl-Renner-Ring 3
1017 Wien

REPUBLIK ÖSTERREICH PARLAMENTS-DIREKTION	
Eingel.	30. Mai 2011
Zi.	11010.0090/42-11.1/2011
Bl.	

Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Gemeinderat der Marktgemeinde Strengberg hat in seiner Sitzung am 10. Mai 2011 folgende Resolution beschlossen:

„Wie zahlreichen Medienberichten zu entnehmen ist, plant die tschechische Republik die Errichtung eines Atommülllagers zur Endlagerung von Abfallprodukten aus den Kernkraftwerken Temelin und Dukovany in Grenznähe zu Österreich. Die möglichen Standorte für so ein Atommüllendlager liegen nur 30 bis 50 km von der österreichischen Grenze entfernt und würden somit ein enormes Gefahrenpotential für die österreichische Bevölkerung darstellen. Besonders gefährdet wären das Wald- und Mühlviertel.

Da aus heutiger Sicht keinerlei Ansatzpunkte für rechtliche Schritte Österreichs zur Verhinderung der Realisierung eines möglichen Atommüllendlagers an grenznahen Standorten in Tschechien gibt, muss Österreich alle Möglichkeiten auf diplomatischem Weg nutzen, damit ausgeschlossen werden kann, dass in Grenznähe zu Österreich ein Atommüllendlager errichtet wird.

Konkrete Ansatzpunkte für Lage, Art und Umfang wären zwar erst im Zuge des grenzüberschreitenden UVP-Verfahrens vorhanden, mit dem allerdings frühestens kurz vor dem geplanten Baubeginn gerechnet werden kann. Aus den bisherigen Erfahrungen mit der tschechischen Republik (siehe „Melker Abkommen“) ist es aus heutiger Sicht unbedingt erforderlich, alle politischen und diplomatischen Schritte auszuschöpfen, die zur Verhinderung dieses Atommüllendlagers führen können.

Im Interesse der Bevölkerung und der nachfolgenden Generationen ist es daher unabdingbar, sich mit aller zur Verfügung stehender Kraft gegen die Errichtung eines Atommüllendlagers in Grenznähe zu Österreich zur Wehr zu setzen.

Der Gemeinderat der Marktgemeinde Strengberg hat somit beschlossen:

1. Der Gemeinderat der Marktgemeinde Strengberg spricht sich entschieden gegen die Errichtung eines Atommüllendlagers in Grenznähe zu Österreich aus.
2. Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert im Sinne der Antragsbegründung Maßnahmen zu ergreifen, um das geplante Atommüllendlager in Grenznähe zu Österreich zu verhindern.
3. Die österreichische Bundesregierung wird aufgefordert, in politischen Verhandlungen mit der tschechischen Regierung die österreichischen Interessen zu wahren und um klarzustellen, dass ein Atommüllendlager nahe der österreichischen Grenze seitens Österreich strikt abgelehnt wird und
4. gleichzeitig auf EU-Ebene dafür einzutreten, dass die Problematik der Atommüll-endlager bzw. Atommüllentsorgung endlich einer Lösung zugeführt wird.“



Hochachtungsvoll

Bürgermeister

Roland Dietl
(Roland Dietl)

Petition Global 2000 zum weltweiten Atomausstieg

Mit Entsetzen und Trauer verfolgen wir die Katastrophe in Japan. Unsere Gedanken und unser Mitgefühl sind bei den vielen Opfern und ihren Familien.

Wir sind erschüttert, dass 25 Jahre nach Tschernobyl in Japan offenbar ein Super-GAU passiert, mit unermesslichen Folgen für die Menschen in Japan und in weiterer Folge mit den negativen Auswirkungen weltweit. Die Jahrhundertkatastrophe in Japan zeigt ganz klar: Atomkraft ist nicht sicher und wird es auch nie sein. Es ist niemals auszuschließen, dass es durch Menschliches Versagen (wie vor 25 Jahren in Tschernobyl), durch Sicherheitsmängel (wie bei den AKW an Österreichs Grenze) oder Naturkatastrophen wie in Japan zu schweren Unfällen kommen kann, die unermessliches Leid für hunderttausende Menschen bedeuten.

1978 konnten wir mit einer Volksabstimmung gemeinsam Zwentendorf verhindern. Jetzt wollen wir den weltweiten Atomausstieg und beginnen hier und jetzt in Europa:

ABSCHALTEN! JETZT!

1. Sofortige Abschaltung aller Hochrisiko-Reaktoren in Europa!

Dazu zählen:

- Siedewasserreaktoren vom Typ Fukushima (z.B. Isar 1 in der Nähe von München/Deutschland)
- AKW in Erdbebengebieten (z.B. Krsko in Slowenien und Neckarwestheim in Baden- Württemberg)
- AKW ohne Schutzhülle (Containment), z.B. die grenznahen AKW Mochovce, Bohunice/Slowakei, Dukovany/Tschechien, Paks/Ungarn
- AKW, die älter als 30 Jahre sind (z.B. AKW Biblis A und B in Hessen/Deutschland) bzw. deren Versorgungseinrichtungen (Strom, Kühlmittel, etc.) unzureichend gegen Ausfälle oder Terroranschläge gesichert sind.

2. Stopp für Laufzeitverlängerung und Neubaupläne von AKW!

Ganz wichtig für Österreich: Das AKW Mochovce in der Slowakei darf nicht ausgebaut werden. Es gab keine EU-gesetzeskonforme Umweltverträglichkeitsprüfung. Deswegen muss die Bundesregierung ein Vertragsverletzungsverfahren gegen die Slowakei einleiten.

3. Abschaltplan für alle anderen europäischen AKWs bis 2020!

4. Stopp der Milliarden-Subventionen an die Atomindustrie!

Der EURATOM-Vertrag muss zum Ausstiegsvertrag werden und darf nicht länger die Atomindustrie finanzieren.

5. Nachhaltige Investitionen in erneuerbare Energien und Effizienz!

„Ökostrom statt Atomstrom“: Energieversorger müssen Pläne vorlegen, wie sie aus Atomstromimporten aussteigen. Energieeffizienzoffensive: Die österreichische Bundesregierung muss eine Energieeffizienz-Milliarde bereitstellen.

Gemeinsam machen wir Druck - Unterstützung abgeben: www.atomausstieg.at

Was passiert konkret mit Ihrer Unterstützung, was sind die nächsten Schritte?

- Wir übergeben die Unterschriften an die Staats- und Regierungschefs aller europäischen Staaten, die Atomkraftwerke betreiben sowie an die EU-Kommission.
- Wir wollen, dass die BürgerInnen entscheiden: Ziel ist eine europäische Volksabstimmung über den europäischen Atomausstieg.
- Wir informieren Sie laufend per Mail und auf www.atomausstieg.at über den Fortschritt der Initiative.
- Weitere Details und Informationen auf www.atomausstieg.at